

SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT IN JUGOSLAWIEN

342.2. - HH/da 062.6. BELGRAD, den 8. November 1974
Birčaninova 27
Postfach 817
Tel.: 646800

An die Politische Direktion des Eidgenössischen Politischen Departements,

3003

Bern

Antrittsvisite bei Aussenminister Miloŝ MINIC (7. November 1974)

EPD 1511.74 15

Ref. p. B. 15. 21. Yourg.

Herr Botschafter,

Als ich anfangs September d.J. mein Beglaubigungsschreiben überreichte, war Aussenminister Minic von Belgrad abwesend, so dass ich ihm erst gestern zwischen einer seiner zahlreichen Auslandsreisen (letzte Woche Kopenhagen, nächste Woche Ostberlin, gegen Ende des Monats Brüssel und London) meinen ersten Besuch abstatten konnte.

Minister Minic begann seine Ausführungen, die zur Weiterleitung nach Bern und als Arbeitsprogramm für mich gedacht seien, mit einem Lob auf die Zusammenarbeit mit der Schweiz an der Genfer Sicherheitskonferenz, wo die Gruppe der 'N und N' in loser Interessenübereinstimmung oft nützliche Vorschläge zur Ueberbrückung von Differenzen zwischen den Blöcken hätte vorbringen können.

Auf wirtschaftlichem Gebiet anerkenne er die Intensivierung des Warenverkehrs. Er müsse jedoch Kritik üben an seiner einseitigen Entwicklung. Es sei auf die Dauer für die jugoslawische Seite nicht tragbar, dass die Schweiz dreimal mehr nach Jugoslawien exportiere als aus Jugoslawien importiere. Auch die Einnahmen aus dem Tourismus konnten das unerfreuliche Bild nicht wesentlich verbessern. Man werde in den nächsten Monaten von jugoslawischer Seite aus – und er erbitte dafür auch meine Mithilfe – grosse Anstrengungen unternehmen müssen, um den Export zu fördern. Falls dies nicht gelinge, wäre Jugoslawien vielleicht gezwungen, den Import zu bremsen. Dies sei eine Situation, die nicht alleine im Verhältnis zur Schweiz bestehe und er werde in einigen

Tagen bei der EWG-Kommission in Brüssel eine ähnliche Sprache sprechen müssen.

Ich versprach Minister Minic natürlich meine tatkräftige Mithilfe. Man habe übrigens bei den Wirtschaftsverhandlungen in Bern gemeinsam festgestellt, dass man
beiderseits an einer Forderung der Wirtschaftsbeziehungen
arbeiten wolle und dass dafür auch Möglichkeiten vorhanden
seien. Im übrigen sollte man nicht nur die reine Handelsbilanz vor Augen halten, sondern ausser dem Tourismus auch
die Lohnüberweisungen der jugoslawischen Arbeiter mit
Fr. 140 Mio. letztes Jahr in Berücksichtigung ziehen, wenn
man die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen messen wolle.

Minister Minic sagte ferner, er müsse auch Kritik daran üben, dass jugoslawische Arbeiter in der Schweiz schlechter gestellt seien als schweizerische, und zwar sogar Jugoslawen, die längere Zeit und nicht nur saisonweise in der Schweiz arbeiten. Jugoslawien könne es kaum mehr viel länger hinnehmen, dass über die Rechtsstellung der jugoslawischen Arbeiter keine Vereinbarung getroffen werde.

Ich machte Herrn Minic darauf aufmerksam, dass jugoslawische Arbeiter de facto gleich behandelt würden wie die viel zahlreicheren italienischen und spanischen Arbeiter, dass aber aus innenpolitischen Gründen eine Formalisierung ihres Status schwierig wäre und dem Bestreben der Bundesbehörden, auch die Interessen der ausländischen Arbeiter und die bilateralen staatlichen Beziehungen in Berücksichtigung zu ziehen, hinderlich sein könnte.

Die beiden erwähnten Punkte wurden von Herrn Minic offenbar nach einem vorgängigen Briefing durch die zuständigen Beamten im Ministerium und durch die Botschafter Milovanovic und Nimani lediglich zur Information aufgeworfen.

Ob mit Bezug auf das Arbeiterstatut gelegentlich eine jugoslawische Initiative zu erwarten sei, wurde nicht erwähnt. Auch Botschafter Nimani, der nächste Woche in der Schweiz eintreffen wird, äusserte sich hierüber nicht.

In keiner Weise erwähnte Minister Minic die Tätigkeit oppositioneller Jugoslawen von der Schweiz aus, eine Frage, die von Unterstaatssekretär Vaniĉek bei den Wirtschaftsbesprechungen beiläufig angetönt wurde. Wie ich von meinen belgischen und schwedischen Kollegen höre, wird dieser Punkt

Bras

ihnen gegenüber öfters aufgegriffen. In der scharfen jugoslawischen Note wegen der slowenischen Minderheiten in Kärnten wurde an der österreichischen Haltung gegenüber Feinden der jugoslawischen Regierung ebenfalls Kritik geübt.

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Schweizerische Botschafter:

(Hess)

Kopie dieses Briefes geht an die Handelsabteilung EVD z.K.